

## **L1 Ja zum bezahlbaren Zuhause: 8 Punkte-Plan für Wohnraum in Brandenburg**

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 09.08.2024  
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Leitantrag

### **Antragstext**

- 1 In Brandenburg werden bezahlbare Wohnungen knapp: die Anzahl der Sozialwohnungen hat in den letzten zehn Jahren dramatisch abgenommen. Laut Landesbauministerium sank die Anzahl an Wohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindung von 53.107 im Jahr 2015 auf etwa 20.000 Einheiten heute.
- 2 Doch Menschen mit geringem Einkommen, Auszubildende, Studierende, Geflüchtete, Menschen mit Behinderung sind auf genau diese Wohnungen angewiesen. Da die **Angebotsmieten im gleichen Zeitraum vielerorts stark gestiegen** sind, ist es auch auf dem freien Markt immer schwerer eine angemessene und bezahlbare Wohnung zu finden. Zugang zu bezahlbarem und menschenwürdigem Wohnraum ist jedoch ein Menschenrecht und eine zentrale Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit und Teilhabe.
- 3 Die Wohnungslandschaft in Brandenburg ist divers: in Potsdam ist bezahlbarer Wohnraum schon lange knapp, trotz diverser Neubaugebiete. Aktuell warnt die Stadt und die Wohnungsbaugesellschaft Pro Potsdam davor, dass die Fördermittel nicht mehr ausreichen und der Neubau von Sozialwohnungen gestoppt werden muss. Auch in anderen Städten und Gemeinden im Speckgürtel ist das Angebot Sozialwohnungen und an Wohnungen auf dem freien Markt mittlerweile sehr überschaubar, insbesondere für Familien mit mehreren Kindern. Erschwert wird die Suche nach einer neuen Wohnung für viele Brandenburger\*innen, die keinen Anspruch auf eine Sozialwohnung haben, durch den Mietpreis. Und das betrifft bei Weitem nicht mehr nur den Speckgürtel sondern viele Kommunen im Land.
- 4 Hohe Mieten und Wohnungspreise führen zu sozialer Ausgrenzung und belasten besonders Menschen mit niedrigem Einkommen, Auszubildende und Studierende, Alleinerziehende und ältere Menschen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Brandenburg setzen sich dafür ein, dass **Wohnen kein Luxus, sondern ein Grundrecht** bleibt. Wir stehen für eine sozial gerechte und nachhaltige Wohnungspolitik, die bezahlbaren Wohnraum für alle schafft und erhält.

5 Mit dem 8 Punkte-Plan wollen wir einer Wohnungsnot in Brandenburg entgegenwirken  
und den Zugang zu bezahlbarem Wohnraum für alle gewährleisten.

6 **8 Punkte-Plan für bezahlbaren Wohnraum in Brandenburg**

- 7 1. **Wir gründen eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft:** Aufbau einer  
Landeswohnungsgesellschaft zur Beschleunigung von Wohnbauprojekten und  
Unterstützung der kommunalen Wohnungsunternehmen im Land
- 8 2. **Wir fördern gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften:** Landesförderung nur  
noch für kommunale, genossenschaftliche und gemeinnützige  
Wohnungsbaugesellschaften, um dauerhaften bezahlbaren, barrierefreien  
Wohnraum zu sichern
- 9 3. **Wir stärken Mieter\*innen:** Stärkung der Verbraucherzentrale und von  
Mietervereinen, um unabhängige Beratung von Mieter\*innen zu verbessern
- 10 4. **Wir ergreifen Maßnahmen zur Mietmarktstabilisierung:** Einführung  
verbindlicher Mietspiegel, Prüfung einer Anpassung der Mietpreisbremse und  
Verschärfung der Zweckentfremdungsverbote
- 11 5. **Wir unterstützen die neue Wohngemeinnützigkeit:** Unterstützung von  
bundesweiten Maßnahmen zur Schaffung von Anreizen für  
gemeinwohlorientierten Wohnungsbau durch neue Akteure
- 12 6. **Wir fördern nachhaltiges Bauen:** Erhöhung ökologischer und energetischer  
Standards in der Landeswohnraumförderung und Landesbauordnung; Abbau von  
Bürokratie; Erleichterung von Modernisierung, Instandsetzung, Um- und  
Anbau; Sanierung statt Neubau
- 13 7. **Wir unterstützen gemeinschaftliche Wohnkonzepte:** Verbesserung der  
Rahmenbedingungen für gemeinschaftliche Wohnprojekte und Förderung  
studentischen Wohnraums
- 14 8. **Wir fördern Integration und Teilhabe:** Sicherstellen der Barrierefreiheit im  
Wohnungsbau und Anpassung bestehender Gebäude an die Bedürfnisse von  
Menschen mit Behinderungen; Förderung von integrativen Wohnprojekten, die  
gezielt benachteiligte Gruppen wie Geflüchtete, Alleinerziehende und  
Menschen mit Behinderungen einbeziehen